

Britische Strategie und Außenpolitik.
Wahlchancen und Determinanten britischer Sicherheitspolitik
im Zeitalter der neuen Weltmächte, 1897—1929

Zu den wenigen Urteilen über die britische Politik der Jahrzehnte vor und nach dem Ersten Weltkrieg, die kaum noch auf Widerspruch stoßen, gehört die Feststellung, daß »policy and strategy« zu keinem Zeitpunkt im Einklang gestanden haben; Hinweise auf den Ressortpartikularismus (vor 1914) oder auf die Zurückdämmung des Einflusses des Foreign Office (FO) im außenpolitischen Entscheidungsprozeß (während und nach dem Ersten Weltkrieg) fungieren dabei — vor allem in Handbüchern oder Überblicksdarstellungen — als landläufige Erklärungsgründe. Dazu gesellt sich die Beobachtung, daß weder in den Phasen des Ausbaus der Streitkräfte (vor 1914 sowie nach 1933) noch in der Ära der Abrüstungsideologie (1920er Jahre) Übereinstimmung über ein strategisches Leitbild bestanden habe.

Dieser Auffassung begegnet man — ebenso wie einer Reihe anderer Standarderklärungen: Vorherrschaft innenpolitischer Probleme, Richtungskämpfe in den Führungsgremien der Armee, der Flotte und Luftwaffe, Prestigekämpfe zwischen den drei Streitkräften, restringierende Wirkung der übermächtigen »economy«-Doktrin, um nur einige zu nennen —, auch in den hier zu besprechenden Werken¹. Dennoch unterscheiden sie sich in gezielten Fragestellungen (Guinn), durch die erstmalige, auf zugänglich gewordene Akten gestützte Behandlung zentraler Themen (Roskill, Marder, Steiner) oder durch den Mut zur Zusammenschau einer epochalen Entwicklung unter einer auch tagespolitisch interessierten Problemsicht (Beloff) von gängigen Forschungen zur englischen Geschichte. Abgesehen von der erfrischenden, durch klare Formulierungen und Urteilsicherheit bestechenden Skizze Max Beloffs haften den Arbeiten freilich methodische Mängel an, die den Rezensenten bei der Lektüre englischer Geschichtsschreibung immer wieder verstimmen. Um diese Verärgerung, von der man sich nicht ganz freimachen kann, zu kennzeichnen, sei rundheraus gesagt, worin sie begründet liegt: Es ist die Art, aus den Akten heraus Geschichte zu rekonstruieren, die Urteilsfindung und oftmals auch das Deuten der in die Darstellung eingestreuten »Rosinen« aber dem Leser zu überlassen. Man kann die hierin vorwaltende Auffassung vom Geschäft des Historikers kaum besser illustrieren als mit dem Kommentar eines renommierten akademischen Lehrers zu Wehlers »Bismarck und der Imperialismus«²: das Buch wäre gut und brauchbar, wenn der Verfasser nur die erzählenden Mittelpartien über die deutsche Kolonialpolitik der 1880er Jahre veröffentlicht, hingegen auf den theoretischen Rahmen und die wirtschaftsgeschichtlichen Eröffnungen sowie vor allem auf die

¹ M. Beloff: *Imperial Sunset*, vol. I, *Britain's Liberal Empire 1897/1921*, London 1969, S. 154 (zit. Beloff); Z. S. Steiner: *The Foreign Office and Foreign Policy 1898/1914*, Cambridge University Press, London 1969 (zit. Steiner); P. Guinn: *British Strategy and Politics 1914 to 1918*, Oxford 1965, S. 110 (zit. Guinn); A. J. Marder: *From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fisher Era, 1904/1919*, vol. V, *Victory and Aftermath (January 1918—June 1919)*, London 1970; St. Roskill: *Naval Policy between the Wars. I: The Period of Anglo-American Antagonism 1919/1929*, London 1968, S. 413 ff. (zit. Roskill).

² N. Rich, in: *Journal of Modern History*, 42. Bd, 1970, S. 421 ff.

Verschmelzung von Sachaussage und Urteil (unter Bezugnahme auf die offengelegte Theorie) verzichtet hätte.

Wohin eine derartige Einstellung — über deren Fragwürdigkeit man sich eigentlich nicht zu streiten brauchte — führen kann, mag ein Zitat aus dem Werk Guinns verdeutlichen, das vom Titel her Aufschluß über das Verhältnis von Strategie und Politik erwarten läßt.

»Thus the Government had recovered its freedom of action to wage the war as it chose. For the first time since Haldane twelve years before had conceived the idea of an Expeditionary Force, policy and strategy became genuinely harmonized and complementary.« (S. 306.)

Bedeutet Vorrang der zivilen vor der militärischen Gewalt schon eine Garantie für die Harmonie von politischer Zielsetzung und militärischer Zweck-Mittel-Relation? Guinn hebt seine Definition³ zwar wieder auf, indem er anfügt, daß die veränderte Konstellation — angesichts der Erfolgswellen der deutschen Frühjahrsoffensiven 1918 — die Kontroversen zwischen den »Easternern« und »Westernern« in den Hintergrund geschoben habe, aber damit ist weder die Frage nach den Ursachen und Folgen der Diskrepanz zwischen Politik und Strategie vor dem März 1918 in relevanter Weise beantwortet noch der Bezugsrahmen abgesteckt, in dem gegen Kriegsende und in der Phase der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen die Orientierungsprobleme für die englische Politik wieder auftauchten; unabhängig von der historischen Kritik an der Gültigkeit der Behauptung ist nicht zu übersehen, daß das, was wohl eine Definition suggerieren soll, lediglich eine — zudem vereinfachende und insoweit zweifelhafte — Situationsbeschreibung ist, deren Gegenstand (die mit der Ausbootung Robertsons vorübergehend endende Kontroverse zwischen Lloyd George und den Militärs) jedoch mit dem Begriffsapparat von Strategie und Politik nur mittelbar zu tun hat. Das Beispiel steht keineswegs allein; an anderer Stelle wird die Eröffnung der Debatte um die Dardanellen- (und später um die Saloniki-) Expedition um die Jahreswende 1914/15 als eine »by instinct as by reason« (aus Einsicht in den Stellungskrieg an der Westfront) vollzogene Rückkehr zu älteren Traditionen britischer Kriegspolitik hingestellt (S. 47 ff., 50 f.), obwohl der folgende — von Lloyd George betriebene — schrittweise Übergang zur totalen Mobilmachung und die Forderung der Militärs nach steigenden Einsätzen

³ Da sich auf den 320 Seiten keine andere Definition finden ließ, mußten wir uns a. d. zit. Satz halten; man trifft lediglich auf Beschreibungen, in denen »strategy and politics« oder »strategy and policy« nebeneinander stehen, doch kann keine von ihnen als »Definition« gelten, die einen Sinn ergäbe. Guinn zeigt, wie »politics« strategische Pläne durchkreuzten — dem ist auch seine saloppe Sprache angepaßt —, aber z. Thema »strategy and policy«, das er gleichfalls behandeln will, fehlen ihm offenbar d. Begriffe. Um d. Kritik mit einem Gegenvorschlag abzuschließen, offerieren wir einen Begriff »Strategie«, der d. angedeuteten Wünsche auf einen Nenner bringt. Wir definieren ihn in Anlehnung an Robinson, Gallagher, Denny, zit. bei H. U. Wehler (Hrsg.): Imperialismus, Köln, Berlin 1970, S. 232. Strategie meint nicht nur Überlegungen, wie man »nationale Interessen« verstehen solle u. wie diese erfolversprechend zu verteidigen wären, sondern umfaßt zugleich auch d. Erinnerungen, Hoffnungen u. oft ins Neurotische verzerrten Befürchtungen, d. das Bild, das sich d. Strategen v. d. Welt machen, beleben u. deren Handlungsintentionen od. Reaktionen auslösen bzw. prägend begleiten; Analysen v. außenpolitischen, wirtschaftlichen Strategien sollten individuelles u. gruppenspezifisches Geschichtsbewußtsein u. Erfahrungswissen, Erwartenshaltungen, Wunschenken od. kollektive Ängste ebenso i. d. Betrachtung einbeziehen wie d. »terms of debate« (Grad d. Selbstverständlichkeit nationalistisch-imperialistischer Glaubenssätze, Kriegsfurcht, Existenz einer »Butter-oder-Kanonen«-Alternative, Stärke d. innenpol. Opposition, Ausmaß d. formalen Demokratisierung u. Politisierung sowie d. Manipulationstechniken u. a. m.) u. d. Frage nach d. Handlungsfähigkeit v. Trägergruppen bestimmter Meinungs- u. Interessenrichtung.

für die Westfront eher eine »Revolution« in der englischen Kriegskunst andeuten; zumindest in diesem Punkt unterscheidet sich nach Guinns Vorstellung Lloyd Georges Umgehungsstrategie bestenfalls graduell von der »Western Strategy«: nicht zufällig stehen Lloyd George, Milner und die Militärs 1915/16 in der Mobilmachungsfrage in einer Front gegen die »Liberalen«⁴. Schließlich sind es gerade die Fürsprecher der alten englischen Auffassung, den Kriegeinsatz auf die Finanzierung der Alliierten und den Flankenschutz zur See zu begrenzen, die 1915/16 etappenweise ihre Position in die Brüche gehen sehen (was auch Guinn, S. 176, weiß), während der Konflikt zwischen Churchill oder Lloyd George einerseits und den »Westerner« andererseits mit den Begriffen der Tradition nicht zu greifen ist: denn schließlich berufen sich auch die »Westerner« auf das balance-of-power-Theorem, während die Umgehungsstrategie Lloyd Georges eher mißverständlich wird, falls man sie in Parallele zu Wellingtons Vorstoß gegen Napoleons Frankreich setzen wollte. Legt nicht Lloyd Georges Verhalten in der Friedenszielfrage die Vermutung nahe, daß er mit den Operationen gegen Österreich-Ungarn und die Türkei die Nebenfolgen der kontinentalen Machtstellung Deutschlands, nämlich die Abhängigkeit der »alten«, vordem mit England verbündeten »Orient«-Reiche von Berlin, aufzuheben suchte, während er die Probleme, die im Gefolge eines direkt verursachten militärischen Zusammenbruchs Deutschlands — dem Ziel der Westfront-Strategie — entstehen könnten, lieber nicht ins Auge fassen wollte?

Guinns Fragestellungen verraten die Tendenz, allgemein akzeptierte Deutungskriterien zur englischen Geschichte auf den von ihm behandelten Teilbereich zu übertragen und sich die Identifizierung der Probleme im Interessenfeld der eigenen Untersuchung zu ersparen. Die angemeldete Kritik trifft in seinem Fall zum Beispiel auf den Versuch zu, die Thematik »British Strategy and Politics« auf den Hintergrund der klischeehaft vorgestellten Kontroversen zwischen einem älteren liberalen Idealbild von England und einem neuen dynamisch-imperialistischen Entwurf von England als »authoritarian Empire« (S. 2) zu transponieren; in der Darstellung sucht man allerdings vergebens nach Fällen, in denen die auch als Deutungsschema angebotene Kurzformel zur Erklärung der Meinungskämpfe zwischen Lloyd George und den Militärs oder Lloyd George und Curzon herangezogen wird. Selbst die Behauptung, daß die Neo-Imperialisten⁵ im Dezember 1916 die ihnen in den Wahlen von 1906 (und 1910) versagte Chance zur Machtübernahme genutzt hätten, wird nicht durch eine Untersuchung ergänzt, wie sie sich die Neuordnung der weltpolitischen Landkarte vorstellten und inwieweit sie die Prioritäten der Kriegführung bestimmten; die sporadischen Blütenlesen aus Amerys Memoiren und Denkschriften lassen zudem nicht einmal ahnen, welche Voraussetzungen in seine Kriegszielforderungen eingingen und wie diese — vor allem im Zuge der Entwicklung in Rußland und des Hineinwachsens der USA in die Führungsrolle der Westmächte — ältere Weltreichsideen und Einflußsphären — Teilungspläne (Kette von Monroe-Doktrinen) wiederaufleben ließen; die Kontinuität reicht aber noch weiter, wurzeln doch Überzeugungen der Appeasement-Politik in den 1917–1919 nicht verwirklichten Entwürfen einer europäischen Nachkriegsordnung⁶.

⁴ Den besten Einblick in die heftige Kontroverse bieten jetzt die von T. Wilson editierten Tagebücher des Herausgeber-Besitzers des Manchester Guardian, C. P. Scott.

⁵ Guinn, S. 192, setzt sie mit den Milnerianern gleich, was eine unzulässige Vereinfachung darstellt, sind doch schon die Ansichten von Milner und Amery nicht in allen wichtigen Punkten auf einen Nenner zu bringen.

⁶ Diesen Nachweis sucht der Rezensent in einer Studie »Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Friedensstrategie 1917–1919. Grundzüge einer europäischen Nach-

Die mit trockenem Humor oder — wenn man will — Zynismus getränkten Charakterisierungen —

»The Cabinet, divided on Gallipoli, continued the easy course of sending troops to the Western Front in the pathetic hope that they would not be employed in battle.« (S. 89) —

können für diese Manko nicht entschädigen, zumal das Buch letztlich ohne stichfestes Ergebnis endet und außerdem durch den Zugang zu den Akten auch in den Einzelheiten überholt ist.

Guinn stellt nun keinesfalls einen Einzelfall dar; die durch Teilveröffentlichungen im *Historical Journal* zu ergänzende Studie von Z. Steiner ruft ähnliche Bedenken hervor. Sie fundiert zwar auf der Verarbeitung der geordneten Bestände des FO und der erfolgreichen Bemühung um Privatnachsätze, doch läßt die Verfasserin mehr Fragen und vor allem die eigenen offen, als daß sie riskiert, zu (in der älteren Literatur) umstrittenen Grundsatzfragen Stellung zu nehmen oder durch Formulierung eines Ergebnisses die Diskussion zu bereichern. Das Buch, das fast auf jeder Seite schlagende Parallelen zu Fischers mit moralischen Zusätzen befrachteten Zitaten aus den deutschen Akten aufweist und einem mit der älteren Kriegsschuldliteratur vertrauten Leser wie ein Arsenal anmutet, aus dem er blinden Auges Belege zur Stützung der These »die anderen waren auch nicht besser, und sie wollten Deutschland übel« herausziehen kann, umgeht mit fraprierender Naivität⁷ jede in diese Richtung weisende Frage⁸.

Man denke nur etwa daran, daß Eyre Crowe zur Algeciras-Krise anmerkte:

»The policy of showing a firm front and asserting British rights has once again been successful in inducing other countries to treat us properly.« (S. 115);

daß der englische Botschafter in Berlin (Goschen) dem leitenden Beamten des FO (A. Nicolson) zum Scheitern der deutsch-englischen Flottengespräche 1912 gratulierte (S. 127) (wobei man wissen muß — was Steiner gelungen schildert, S. 70 ff. —, daß Fraktionskämpfe im FO zur Klüngelherrschaft, wenn auch nicht zur völligen Gleichschaltung des FO hinsichtlich der Einschätzung Deutschlands als aggressivem Hauptfeind führten); daß Grey seine liberal-radikalen Kabinettskollegen bewußt aus dem Informationsstrom auszuschalten trachtete (S. 87), obwohl diese mehr erfuhren als sie später zugeben wollten (S. 91); daß die entscheidenden Berater im Außenministerium wie selbstverständlich jede Frage einer Annäherung an Deutschland unter dem Aspekt behandelt wissen wollten, ob die Konzessionen auch ja nur England das Hineingleiten in eine Situation er-

kriegsordnung in der Sicht englischer und französischer Machteliten« zu bringen; sie soll im Frühjahr 1971 als Habilitationsschrift an die Universität Münster eingereicht werden. Einige Ergebnisse hat der Verf. in einem Vortrag auf dem Historikertag in Köln, 3. 4. 1970, und in einem Diskussionsbeitrag auf dem Internationalen Historikerkongreß in Moskau mitteilen können.

⁷ Man muß freilich darauf hinweisen, daß englische Verlage ihren Autoren stärkere Einschränkungen auferlegen, d. h. jeden Ballast — wie z. B. Fußnoten oder Ausweitungen des Themas — abzuwerfen suchen. Wie weit außerdem individuelle Erfahrungen, z. B. Mißtrauen gegen polemisierende oder spekulierende Behandlung ihrer Themen, die Zurückhaltung der Autoren bedingen, lassen wir dahingestellt sein.

⁸ Erwähnt seien noch weiterreichende Parallelen: Berties Votum gegen Lansdownes Bereitschaft zu Fühlungen mit Deutschland im September 1901 (S. 63) enthält in seiner Argumentationskette — natürlich mit umgekehrten Vorzeichen gewertete — Elemente, die »typisch« sind für Holsteins und Bülows Einschätzung der deutschen Vorteile gegenüber England. Die Überprüfung der Möglichkeiten für eine deutsch-englische Entente anhand der amtsinternen Lagebeurteilungen — ihre Stichworte, Urteilskriterien — wäre eine lohnende Aufgabe für den Historiker.

sparten, in der die Alternative »Weltmacht oder Niedergang« (Kapitulation vor deutschen Erpressungsmanövern) lauten würde (S. 95 ff., bes. S. 100):

»This is a trial of strength, if anything. Concession means not loss of interests or loss of prestige. It means defeat, with all its inevitable consequences.« (S. 142, Crowe in der 2. Marokko-Krise);

daß man in der Furcht vor dem Verlust eines Verbündeten in Krisenlagen, das heißt vor der Isolierung und Konfrontation mit Deutschland, französischer beziehungsweise russischer dachte als die Regierungen in Paris beziehungsweise Petersburg; daß man die Zusammenarbeit mit anderen Mächten wünschte, um Deutschland von bestimmten Zonen fernzuhalten, und dabei die vom Kabinett aus innenpolitischen Gründen eingeschlagene Taktik der lokalen Flurbereinigung mit Deutschland stets unter dem Gesichtspunkt wertete, ob die »dealings« von den Alliierten als Verrat empfunden werden könnten (S. 116 ff., 125 ff., 141 ff.); und schließlich, daß nicht nur im Sozialmilieu des FO, sondern auch in der Einstellung zur sozialen Frage oder gar zu den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie »reaktionäre« Tendenzen vorwalteten ⁹.

Steiner kann auf die naheliegende Frage nach den Beweggründen der Außenpolitik der FO-Beamten wegen der Beschränkung auf die rein diplomatischen Gesichtspunkte keine befriedigende Antwort finden: denn sie ignoriert das selbstverständliche — und auch der Bewußtseinslage der untersuchten Personenkreise entsprechende — Postulat, der nämlich das Ziel ihres Strebens Systemerhaltung mit ihren innen- und weltpolitischen Komponenten meint; daß man dabei eine für je bestimmte Meinungs- und Interessengruppen kennzeichnende Ansicht über deren wechselseitige Bedingung antreffen kann, fällt für Steiner gänzlich unter den Tisch, obwohl doch das Dilemma der englischen Politik vor 1914, die Einengung der außenpolitischen Bewegungsfreiheit einerseits durch die — ausführlich behandelte — Problematik der Bündnisdiplomatie und andererseits durch die Aktualität der inneren Anpassungsprobleme (Irland, Sozialgesetzgebung, Demokratisierungsprozeß) geradezu zwingt, deren »reciprocal interaction« in den Ansichten, Absichten und Taten der Berater nachzuspüren; durch die Vernachlässigung des Aspekts erweckt Steiner den Anschein, als hätten die Sachbearbeiter im FO diese Entwicklungen weder gesehen noch sich von dorthin in ihrer Tätigkeit beeinflussen lassen ¹⁰.

Auf Grund ihrer Darstellung bleibt unerfindlich, warum einleuchtend klingenden Lagebeurteilungen der angemessene Einfluß versagt blieb. Am Beispiel Nicolsons, der den militanten Unionisten in der Irlandfrage in nichts nachstand, zeigt Steiner selbst, wie wichtig innenpolitische Kriterien für die geringe Durchschlagskraft der Ratgeber auf die (liberale) Regierung sein können, nur bleibt es

⁹ Man müßte zumindest prüfen, ob A. Nicolsons extrem pro-russischer Kurs einzig strategischen Kalkulationen bzw. dem Wunsch nach dem Bund mit dem stärksten potentiellen Gegner entspringt oder ob bestimmte Verbindungslinien zu seinem Haß auf die schwache liberale englische Regierung bestehen. Wir behaupten diesen Zusammenhang nicht, sondern postulieren, daß eine Studie, die — wie Steiners — durch ihr Material zu derartigen Hypothesenbildungen anregt (Steiner, S. 131 ff.), sich auch verpflichtet fühlen sollte, auf sie eine Antwort zu finden — was freilich heißen würde, daß man über die in den Archiven geordneten Akten hinaus nach anderem Material Umschau halten müßte.

¹⁰ Steiner, S. 92, merkt selber an, daß Hardinge Asquith und den »radical« Ministern in der liberalen Regierung mißtraute, fragt aber nicht, ob das sozio-politische oder -psychologische Gründe haben könnte, wofür es mehr als einen Fingerzeig gibt. Ähnliches gälte für Crowe oder erst recht für Nicolson (S. 123).

bei dem in den Quellen expliziten Paradefall (S. 131—139). Wer freilich in der Lage ist, die Widersprüche und Zielkonflikte in den Meinungsäußerungen der jeweiligen Experten ¹¹ in Fußnoten zu verdrängen (Crowe, S. 117), statt zu rasonnieren, was die inneren Vorbehalte gegen die erwählten Bundesgenossen (das gilt auch für Urteile von Crowe bis Vansittart über Frankreich, natürlich in erster Linie über Rußland) oder die überheblich klingenden Urteile über die neuen Weltmächte Japan und USA oder die Dominion zu bedeuten haben, wird davon absehen, das Aktenstudium in ein »conceptual framework« einzubetten. Den Einwand, Gebote methodischer Konsequenz zu beachten, wird man freilich nicht so leicht abwiegeln können. Es ist unzulässig, einerseits unter Berufung auf die Umorientierung der Kriegsspiele im War Office und in der Admiralität sowie die Einrichtung des Committee of Imperial Defence als Kooperationsgremium und Denkstab eine steigende Aufmerksamkeit für strategische Fragen zu konstatieren und aus Greys Anteil an der Zweckbestimmung der von Haldane reformierten Armee ¹² zu schließen

in Edward Grey's period, strategic planning was to have a much more profound effect on the course of diplomacy (S. 54),

andererseits aber den Nachweis schuldig zu bleiben,

1. ob und wie FO und Service Department (sowie deren Nachrichtendienste!) zusammenarbeiteten (im Rahmen des CID und/oder auf der Ebene von Ressortgesprächen);
2. inwiefern Grey in seiner Außenpolitik strategische Gesichtspunkte berücksichtigte (die vorherrschende, durch die Rolle im Weltkrieg bekräftigte Ansicht spricht ihm rundheraus Verständnis für alle militärischen Fragen ab);
3. ob und wie Grey die nebeneinander herlaufenden oder miteinander unvereinbaren Strategien des Generalstabs und der Admiralität auf die Erfordernisse seiner Diplomatie abzustimmen oder ihnen Richtlinien zu geben versuchte;
4. inwiefern sein Beraterstab (Hardinge, Nicolson, Tyrrell, Crowe) in die Geheimnisse der für den Notfall vorgesehenen militärischen Operationen eingeweiht war und seinerseits die Durchführbarkeit beziehungsweise Implikationen seiner bündnispolitischen Strategie verstand.

Doch selbst Fragen, die sich aus dem aufgefundenen Material unmittelbar aufdrängen, finden nicht Steiners Aufmerksamkeit: wo liegt die Grenze zwischen der Entschlossenheit, den Verbündeten gegen Deutschland den Rücken zu stärken — was bis zur Zusicherung militärischer Beihilfe geht (zum Beispiel 1906 an Frankreich: Crowes Votum), beziehungsweise der Risiko-Strategie oder »brinkmanship«-Taktik, durch geschlossenes, festes diplomatisches Auftreten der Verbündeten Deutschland zur Kapitulation zu zwingen ¹³ — und der Bereitschaft, an der Seite der Verbündeten in den Kriegszustand hineinzuschlittern? War das Nervenkostüm der hohen Beamten des FO strapazierfähig genug, um den Unterschied zwischen dem aus der Einschätzung Deutschlands als aggressiver Macht resultierenden Verlangen nach der Einengung Deutschlands (Verhinderung deutscher Prestigeerfolge) und den Bedenken gegen eine kriegserische

¹¹ Die unterschiedliche Einstellung der Experten zu den Verbündeten — voneinander abweichende Präferenzen, Vorbehalte gegen Merkmale des Systems oder gegen Interessen der anderen Mächte, etc. — wird dagegen in der Darstellung referiert.

¹² S. dazu auch Guinn, S. 10 f.

¹³ Hier wäre auf das »Faschoda«-Theorem zu verweisen, dem in Crowes berühmter Denkschrift v. 1. 1. 1907 eine von der Forschung bislang unzulänglich erkannte Bedeutung zukommt.

Verwicklung aufrechtzuerhalten? Wie unterschieden sie zwischen den lebenswichtigen englischen Interessen und den von anderen befreundeten Mächten erhobenen Ansprüchen, für die insbesondere Rußland im Fall englisch-französischer Rückendeckung einen Konfliktkurs riskieren wollte? Wie stand es um die »Kriegs«erwartung des FO? Waren die Doktrinäre der balance-of-power-Politik, die zahlreiche zentrale Werturteile mit ihren deutschen oder französischen Gesinnungsgenossen teilten und sozialdarwinistische Zeitströmungen assimilierten, gegen jenen Kriegsfatalismus gefeit, den F. Fischer auf deutscher Seite feststellt? Wie beurteilte man das »nationale Erwachen« in Frankreich (um 1912 einsetzend)?, was hielt man von Sasonows Versuchen, die Westmächte gegen Deutschland vorzuschicken? Griff im FO die Besorgnis um sich, daß die erwünschte Verfestigung der Blöcke — man befürwortete die Umwandlung der Ententen in Allianzen, aber ohne damit die Absicht zu verbinden, Kontrolle über Pariser und Petersburger Aktivitäten zu gewinnen, — zum großen Krieg statt zur Einengung der deutschen Bewegungsfreiheit führen könnte? Welche Korrekturmöglichkeiten faßte man ins Auge? Wieweit stimmte man mit Greys Außenpolitik in den entscheidenden Grenzsituationen nach der zweiten Marokko-Krise überein? Und schließlich: wie sah das Kriegsbild der FO-Beamten aus? Auf diese Aspekte, die der Verfasserin bei der Lektüre von Fischers Büchern aufgefallen sein mußten — da ihr Material auf einen ähnlichen Tenor abgestimmt ist —, richtet sie kein Augenmerk; stattdessen geht sie den bequemen Weg und ruft Fischer als Kronzeugen dafür an, daß die mit Vorurteilen gesättigten Situationsanalysen der hohen Beamten des FO¹⁴ die deutsche Politik richtig eingeschätzt hätten.

Daß Steiner mit keinem Wort andeutet, wie man im FO die englischen Macht- und Einflußmittel einschätzte, oder für wie nötig man — etwa aus Gründen der Rüstungskosten oder aus Bedenken gegen ein Anziehen der Steuerschraube — die Umwandlung der Ententen in Allianzen (gewissermaßen als Entlastung) hielt, ist da schon nicht mehr verwunderlich. Gelegentlich trifft man zwar auf Formulierungen wie die:

»it is one of the ironies of the Conservative period (i. e. 1898/1905) that Britain was unwilling to use its financial powers to win the battle for imperial influence« (S. 52),

aber sie sind weder eingebettet in Analysen der englischen Finanz- und Wirtschaftskraft oder zumindest des Bildes, das die Führungsgruppen sich davon machten, noch wird erwogen, ob England nicht auf Grund seiner weltweiten, Flottenausgaben beanspruchenden Interessen gegenüber regional interessierten Mächten benachteiligt sein könnte. Der spätere historische Berater des FO, Sir J. Headlam-Morley, hat gerade in Anlehnung an das Dilemma britischer Machtpolitik um die Jahrhundertwende die Handformel geprägt:

¹⁴ Ein Beispiel für die These: Steiner bezweifelt mit keinem Wort die Tendenz in Nicolson's Randbemerkung »But if, as I assume, it contains criticism of Russian procedure in Persia, it is largely based on prejudices and false assumptions« (S. 132). M. a. W.: die Maßstäbe, an denen Nicolson die deutsche Politik mißt, dürfen s. E. nicht an Rußland angelegt werden, vielmehr bedeuteten sie in diesem Fall »prejudices and false assumptions«. Nirgends kommt die Herrschaft der »right or wrong, my ally«-Devise so ungebrochen zum Vorschein wie an N's kritischer Randbemerkung zu einem Bericht, der Rußland einen Vertragsbruch vorwirft; N. hielt die Lektüre für überflüssig, weil der Bericht eine falsche Einstellung erkennen lasse! Wir meinen, daß die Enthaltsamkeit des Historikers vor Werturteilen zu weit ginge, wenn er auf die Deutung derartiger Symptome verzichtet.

Like all other countries, England has but a limited amount of power, wealth, public credit and political influence, and success requires a careful economy of resources. Just because the interests of this country are world-wide, just because there is no continent in which it has not political power and fields of economic enterprise, it is more than any other country exposed to the danger of pursuing conflicting aims and arousing political opposition, and, for this reason, objects which are desirable in themselves cannot all be attained at the same time . . . We cannot . . . understand the great political crisis at the end of the last and the beginning of the present century, unless we realize the embarrassment caused to the British Government by the fact that at one and the same time we were involved in serious difficulties in Egypt, in South Africa, in China ¹⁵.

Folgt man Steiners Darstellung, so hat diese Frage anscheinend die Hardinge-Bertie-Nicolson-Mallet-Fraktion überhaupt nicht beschäftigt; vielleicht ist dieses Manko, das durch die Vorurteile gegenüber Deutschland nicht aufgewogen wird, der ausschlaggebende Grund dafür, daß die Ratschläge des FO auf die liberalen Ministerkollegen Greys so wenig Eindruck machten.

Außerdem geht es nicht an, daß eine Darstellung, die den Nachweis liefert, daß die Sachbearbeiter des FO durch ein System der »minutes« in den Willensbildungsprozeß ihres Ressorts eingeschaltet wurden —

»I have sought to show how and why the Foreign Office . . . assumed an integral part in the process of formulating foreign policy.« (S. IX) —

in den folgenden Partien der Frage ausweicht, welchen konkreten Einfluß die vom »radical« Flügel der Regierungsparteien angefeindeten Experten einerseits auf die Geschäfte des diplomatischen Alltags nahmen und inwieweit sie andererseits die Arbeitsatmosphäre der englischen Außenpolitik in der Vorkriegszeit veränderten. (Der Hinweis auf den unbestrittenen und unbestreitbaren Umstand, daß die beamteten Ratgeber nur einen Faktor im außenpolitischen Willensbildungsprozeß bilden, S. 209, enthebt nicht der Notwendigkeit, den Grad ihrer Einwirkungschancen und Einflußnahme von Fall zu Fall festzustellen.) Es widerspricht doch dem Ergebnis der Analyse der Organisation des FO, wenn dem Leser eine Blütenlese frappierend offener Dicta präsentiert wird, ohne daß er erfährt, in welchem Zusammenhang oder in welcher Phase eines diplomatischen Ereignisses (gegen welche Gegeneinflüsse im Amt, auf welche Informationen oder Botschafterberichte hin, da diese ja eventuell die Chance für Ausgleichsverhaltungen andeuten könnten?) die Äußerungen fielen und inwieweit sie in die »offizielle« englische Politik eingingen. Man würde die apodiktischen Urteile, die Steiner aus den Akten filtrierte, gern im Kontrast zum Wert der Informationen sehen, auf die sie — als »minute« oder Memorandum — Bezug nehmen. Die Folge dieser Darstellungsweise ist, daß man nur beiläufig erfährt (S. 153), wie die einander widersprechenden Präferenzen der Sachbearbeiter für die neben Deutschland an »Krisen« beteiligten Mächte (Auflösung der Türkei, Balkanstaaten) auf Greys Urteilsfindung einwirkten, und daß der anti-deutsche Grundtenor nicht schon für eine einheitliche oder kontinuierliche Europapolitik des FO bürgte.

Der Eindruck, den Steiner durch ihre Analyse hervorruft, kann man in der zuge-spitzten Bemerkung zusammenfassen, daß das FO nicht nur in soziologischer

¹⁵ J. W. Headlam-Morley: *Studies in Diplomatic History*, ed. by Kenneth and Agnes Headlam-Morley, New York, London 1930, S. 3.

Hinsicht exklusiv blieb, sondern gleichsam auch in eigenen Sphären schwebte und intellektuelle Fähigkeiten in zum Selbstzweck werdenden wohlgeschliffenen Formulierungen verbrauchte.

»They operated in a closed circuit and tended mainly to hear each other's voices . . . The Foreign Office saw the world in static terms and applied traditional solutions to new problems . . . Moreover, the whole structure of the Foreign Office discouraged any long-term analysis.« (S. 210.)

Reflektiert nicht die Exklusivität des FO ein Elitebewußtsein, mit dem der Machtwille und/oder das Prestigebedürfnis, das man einem Hardinge, Crowe, Bertie, Mallet bescheinigen muß, durchaus vereinbar war? Auch darüber hätte man gern etwas im Werk von Steiner erfahren. Das abschließende Kapitel »The world outside« entspringt wohl einem Unbehagen, daß erst die Beziehungen zu den anderen Ressorts: Treasury, Board of Trade, India Office, Colonial Office, War Office, Admiralty und zu den an der Außenpolitik direkt oder indirekt beteiligten Faktoren — Presse, Parlament, Diplomaten, Monarchie — die Wandlungen im FO in richtiger Perspektive zeigen könnten; das auf die letztgenannten Aspekte eingehende Raisonement gelangt freilich nicht über die Erkenntnisse hinaus, die man — von gewiß recht interessanten Einzelheiten abgesehen — bereits in den verfassungspolitischen Werken (Jennings, Mackintosh) antreffen kann. Interessant ist lediglich die Bekräftigung der These, daß — von Crowe abgesehen — die führenden Beamten trotz der Bekanntschaft mit Wirtschaftsführern und Bankiers keinen Instinkt für die Verlagerung der Aktivität zur Wirtschaftsdiplomatie entwickelten (S. 185); um so mehr fragt man nach Beendigung der Lektüre, was man wohl von Experten zu halten habe, in deren Weltbild die stille Revolution des 20. Jahrhunderts keinen Eingang fand. Unbesehen kann man außerdem die These übernehmen, daß der Verlust der Macht, des Einflusses und des Prestiges des FO schon vor der Regierungsübernahme durch Lloyd George einsetzt (S. 121, 153, 161, 163, 166) — nicht zuletzt wegen der unter Nicolson zunehmend größer werdenden Diskrepanz zwischen der antideutschen Einkreisungspolitik des FO und der von Grey anerkannten Notwendigkeit, mit Deutschland einen *modus vivendi* zu finden und wenigstens auf dem Weg partieller Verständigung zu einer Entschärfung der Spannungsherde zu gelangen. Ergänzend wäre jedoch auch hier zu fragen, ob nicht der Grund, der nach 1918 die Einflußchancen des FO reduzierte — nämlich der Primat innenpolitischer Aufgaben, die Herrschaft der »economy«-Doktrin, die Probleme der Koordinierung der Interessen der Mitglieder des Empire-Commonwealth und die Diskrepanz von weltweiten Interessen und begrenzt mobilisierbarem Wirtschaftspotential — schon um 1910 den Glanz des FO verblasen ließ, zumal den Kabinettsmitgliedern im Rahmen des CID andere Informationsquellen offenstanden.

Wie die früheren Werke Marders zeichnet sich auch die Darstellung der Endphase des Kriegs durch glasklare Erläuterung der Maßnahmen, die zur Überwindung der U-Boot-Gefahr und zur Rückgewinnung der Seeherrschaft führten, aus. (Hinweisen sollte man auch auf die rund 60seitige »bibliographie raisonnée«.) Hervorzuheben aus der Reihe punktueller Ergebnisse wäre die Feststellung, daß die Operation, den Hafen von Zeebrügge zu blockieren und dadurch die U-Boot-Gefahr zu bannen, mit einem Mißerfolg endete (S. 60); daß das Konvoysystem die deutschen Minenlegeroperationen lahmlegte (S. 79); daß die Idee einer »Northern Barrage« das geringe Vertrauen der Admiralität in die Konvoystategie widerspiegelte (S. 76, 132 ff.), und vor allem, daß der Nachrichtendienst der Royal Navy (Hall) dank der Entzifferung der deutschen Codes

meist im voraus wußte, wann und wo man deutschen Vorstößen begegnen müßte (S. 172 ff.). Es ist freilich paradox, daß auch die Admiralität keine Vorahnung von den Kieler Matrosenunruhen und der deutschen Novemberrevolution hatte (S. 175).

Ebenso willkommen wie einzigartig ist die Art, in der Marder¹⁶ ein Verständnis für die technischen Alternativen beziehungsweise Möglichkeiten (unzureichendes Flugzeugmaterial für offensive Zwecke, S. 304) oder für die einander widersprechenden politischen Optionen vermittelt, die den uneinheitlichen Charakter der englischen Politik erklären helfen. Aus dem methodisch bemerkenswerten Abwägen von Zielsetzungen und einsetzbaren Mitteln und der Offenlegung der Prämissen oder Vorurteile sowie der erkannten — erwünschten und unerwünschten — Nebenfolgen ergibt sich, daß die Admiralität aus Furcht vor einer Unterhöhnung ihrer Schlachtflottenstrategie und in Erwartung einer Herausforderung durch die deutsche Hochseeflotte zur Entscheidungsschlacht aus Verzweiflung die Herauslösung von Zerstörern aus den Verbänden zur konzentrierten Bekämpfung der U-Boote ablehnte und damit Deutschland die Initiative überließ (S. 98 ff., 132 ff., 300 ff., 334 f.). Da Beatty, der Commander-in-Chief der Grand Fleet, und die Admiralität eine »passive defence« (S. 132 ff.) für nötig hielten, solange der Mangel an Schlachtschiffen und Zerstörern fortbestand, warf jede Anregung zu einer Intensivierung der Anti-U-Boot-Maßnahmen — durch Verstärkung des Begleitschutzes für den Skandinavienkonvoy und anderes — die Frage nach der Disposition der einsatzbereiten Schiffe auf; situationsbedingte Befürchtungen nach den Erfolgen der deutschen Frühjahrsoffensiven, die das Gespräch auf die Preisgabe der Kanalhäfen brachten (S. 157 ff.), verlangten improvisierte Maßnahmen zur Vermeidung des unerwünschten Ernstfalls sowie eine erneute Beschäftigung mit dem Problem der Abwehr von Invasionen und Überraschungsaktionen (»raids«). Da man noch im September 1918 auf Grund einiger Anhaltspunkte (Gerüchte über eine deutsche Konzentration auf den Bau neuartiger U-Boote) die U-Boot-Gefahr nicht für gebannt hielt (S. 107), gab nicht einmal die Erfolgsgeschichte des Konvoysystems — die Marder in der Verwendung von Flugzeug-Begleitschutz und vor allem in der Reduktion der Angriffsmöglichkeiten für U-Boote begründet sieht (S. 87 ff.) — die Initiative in englische Hände zurück. Der selbst auferlegte Zwang zu reaktivem Manövrieren und damit zu Improvisationstechniken sowie die Unterschätzung der Möglichkeiten des Konvoysystems einerseits und der Blockade andererseits trugen dazu bei, daß die Admiralität ihr Wunschbild, den Feind zur Kapitulation zu zwingen und Deutschland ein für allemal von dem Risiko der Herausforderung der englischen Seemacht abzuschrecken, nicht in der erhofften demonstrativen Form in Erfüllung gehen sah, mit der Folge, daß sie das Ende der deutschen Hochseeflotte bei Scapa Flow fast wie eine Schmach empfand. Aus der gleichen psychologischen Einstellung heraus hatte man von Deutschland im Waffenstillstand die Auslieferung aller Schiffe verlangt, von denen man glaubte, daß man sie in einer Seeschlacht zerstört haben würde, abzüglich der Zahl, die England selbst in diesem Treffen verloren hätte (S. 175 ff.). Auf dem Hintergrund dieser ausgewählten Ergebnisse kann man Marder abnehmen, was er an der Flottenpolitik der Admiralität zu kritisieren findet

¹⁶ S. dafür bes. das Schlußkapitel »Reflections on an era«, in dem er unter Bezug auf den Streit der Schulen (Richmonds Kritik an der Admiralität) die »performance« der RN im Weltkrieg beurteilt; es faßt zugleich die Resultate der 5 Bände zusammen.

(S. 300 ff.): den Konservatismus in Strategie und Taktik; die Verabsolutierung eines Schockerlebnisses (Vernichtung eines Dreadnought Ende Oktober 1914 durch eine Mine) zu einer traumatisch anmutenden Einengung der Operationsvorhaben; das Mißverständnis der englischen Flottentradition (Überschätzung der Rolle des sogenannten Nelson-Touch), das zur falschen Setzung von Prioritäten und zur Unterschätzung beziehungsweise Abwertung der Funktion der Blockade und des Konvoysystems führte; die unbefriedigende materielle Ausrüstung der Kriegsmarine mit Projektilen, Minen, Torpedos, die Fehleinschätzung hinsichtlich zukunftssträchtiger Kampfaffen (Schlachtkreuzer, U-Boote, Flugzeugträger und andere), ferner das Fehlen eines kompetenten und gut organisierten Admiralstabs (Naval Staff, 1917 umorganisiert, reformiert 1919, S. 313 ff.) und schließlich Mängel im Auswahlssystem des Führungspersonals.

Aber all diese sorgfältig erarbeiteten Auskünfte über den Stand der Seekriegführung oder die Bemerkungen über die Kampfmoral und den Führungsstil der Royal Navy (S. 330 ff.) können einige Lücken in der Darstellung nicht verdecken, obwohl Marders Urteil »there were no conflicting strategic interests — only conflicting national egos and pride« (S. 236) wenigstens das Problemfeld des anglo-amerikanischen Antagonismus identifiziert. Manches andere bleibt hingegen unerwähnt: wie wirkte das Experiment der Kooperation zwischen den angelsächsischen Flottenverbänden im strategischen Weltbild der Admiralität fort? Wie tief wurzelte die Vorstellung, daß die USA zu wenig Anteil an den Kampfhandlungen zur See genommen hätten (S. 127)? Gab es in englischen Marinekreisen eine ähnliche Verdrußstimmung über die USA wie in militärischen Kreisen über die Erfahrungen mit dem französischen Verbündeten in den letzten beiden Kriegsjahren? Man muß es bedauern, daß Marder den Hintergedanken, den er in Lloyd Georges Äußerung aufspürt, man müsse bei der Verteilung der »man power«-Reserven (der zentralen Streitfrage in der Endphase des Weltkriegs)

»bear in mind, from a *post*-War point of view, the extensions that were being made to the American mercantile marine, and the effect on our welfare of the loss of nearly half a million tons of shipping on our part« (S. 140) nicht weiterverfolgt.

Die Frage, wie es um die Gründe der englisch-amerikanischen Flottenrivalität bestellt ist, greift Roskill in seinem Buch, das das Thema im Untertitel trägt, zwar auf, aber indem er die Frage nach dem Schicksal der englischen Handelsflotte ebenso ausklammert wie alle Fragen nach dem Zusammenwirken zwischen Admiralität und Board of Trade, Foreign Office und Overseas Trade Department, versperrt er sich den Zugang zu einer wirklich tiefgreifenden Analyse der englischen Flottenpolitik. Man fragt sich freilich verwundert, wie das möglich ist — bei dem zumindest deklamatorischen Wert, den die englischen Kabinette stets auf die unaufhebbare Wechselwirkung zwischen Handelsinteressen, weltweiten Dienstleistungen und weltweiten Schutzfunktionen der englischen Seemacht legen.

Rechtfertigt zum Beispiel die Tatsache, daß das Kabinett für die englische Flottenpolitik die Richtlinien setzt, einerseits eine Einengung des Begriffs Strategie auf die Methoden der Seekriegführung¹⁷ und andererseits den Verzicht auf die Frage

¹⁷ Die Vernichtung der Berichte und Analysen der Flottenmanöver der Jahre 1919—1937 veranlaßt Roskill zu einer entschuldigenden Bemerkung, die so klingt, als ob die ohne spezielles Aktenmaterial geschriebenen Partien seines Buches keinen wissenschaftlichen Rang beanspruchen wollten (S. 531 ff.). Strategie wird von ihm im engen Sinn der operativen Aspekte eines ange-

nach dem politischen Weltbild der Führungsschicht der Flotte? War es nicht vielmehr für die Militärs auf Grund der Meinungsverschiedenheiten in der Regierung sowie zwischen der eigenen und den Regierungen befreundeter Mächte »selbstverständlich« geworden, daß sie ihre politische Urteilskraft mobilisierten, um im Entscheidungsprozeß ein Gegengewicht zur Neigung der Politiker nach Kompromissen und opportunistischen Kursänderungen zu bilden, das heißt Stetigkeit und Bestimmtheit einiger Richtlinien durchzusetzen, ohne die sie ihre Ressortpflichten nicht würden erfüllen können? Die Erfahrung der Weltkriegszeit dürfte nachgewirkt und das Gebot der politischen Enthaltsamkeit der militärischen Ratgeber relativiert haben; selbst wenn sie die verfassungspolitischen Konventionen wahrten, das heißt die Politik dem Kabinett überließen, berechtigt das den Historiker nicht, die Frage nach dem politischen Weltbild der Militärs auszuklammern; der latente Konflikt, der sich im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg (freilich in unterschiedlichem Ausmaß) zu Machtkämpfen zwischen der zivilen und der militärischen Gewalt sowie zu gravierenden Meinungsverschiedenheiten über die Strategie zuspitzte, harrt immer noch einer Untersuchung. Die Erfahrung, die die Militärs im Weltkrieg gemacht hatten,

»Die Politik stimmte nie mit den Anforderungen einer gesunden Strategie überein und hielt sich selten in den von den verfügbaren Mitteln gezogenen Grenzen. Im allgemeinen wurden die Spitzen der Armee und der Marine... ständig zu Handlungen gedrängt oder überredet, denen sie abgeneigt waren und die zu keinem nützlichen politischer oder militärischen Ergebnis führen konnten«¹⁸,

legt doch zumindest die Vermutung nahe, daß den Führungsgremien der Streitkräfte das Problem der Diskrepanz von Politik und Strategie und damit die Notwendigkeit, Verteidigungsfragen im politischen Kontext zu sehen, bewußt blieb. Zeigten nicht die Konfrontationen zwischen der »Eastern Strategy« Lloyd Georges und dem Bündnis zwischen der Admiralität (Jellicoe) und dem Generalstab (Robertson) im Weltkrieg, von kleineren Ereignissen — wie den Seekriegen in der Ostsee und im östlichen Mittelmeer/Schwarzmeer (nach der deutschen Niederlage) gegen die Bolschewisten oder dem Vorstoß gegen Bagdad (um einer befürchteten russischen Aktion zuvorzukommen und zugleich durch einen Prestigeerfolg die englische Stimmung im Krisenjahr 1917 zu heben)¹⁹ — abgesehen, daß man keinen Trennungsstrich zwischen Politik und technischer Operationsplanung ziehen dürfte? Man würde zum Beispiel gern etwas über die politischen Vorurteile oder Ressentiments der Admirale erfahren und wünschen, daß Feindbilder oder »Ideologien« analysiert würden, um zu wissen, ob oder wie immun die »Experten« gegen den Druck der Einflüsse waren, denen sich die Regierungen ausgesetzt sahen. Die Frage nach der sozial- und innenpolitischen Einstellung auf dem Hintergrund von Depression, Abrüstungsideologie, Regierungsübernahme durch eine Labour-Regierung, diese in jeder vergleichbaren Untersuchung zur französischen oder deutschen Militärpolitik unumgänglichen Standardfragen vermißt man in Roskills und Marders Studien; da sie die Ausklammerung der für die anderen Länder selbstverständlichen Gesichtspunkte nicht einmal begründen, lassen sie den Leser gar über die Relevanz ähnlicher Fragestellungen im unklaren. Auf der anderen Seite laden die oftmals geradezu frap-

nommenen Kriegsfalls (mit Japan) verstanden, während die politischen Begleitumstände und Implikationen außerhalb der Betrachtung bleiben (S. 537 ff.).

¹⁸ Sir W. R. Robertson: Staatsmänner und Soldaten, 1914—1918, Berlin 1927, S. 317.

¹⁹ S. dazu auch Guinn, S. 220.

pierend offenen Kommentare zu tagespolitischen Kontroversen oder über andere Länder — in den Memoiren Chatfields, in den Biographien von Keyes, Wemyss und Beatty, in Ironsides Tagebüchern oder gar in den von Roskill edierten Tagebüchern Hankeys — den Experten-Historiker doch geradezu ein, an den Akten zu überprüfen, ob diese politischen An- und Absichten in den Willensbildungsprozeß hineinwirkten. Sollte es zum Beispiel — um den Blick auf die taktisch-manipulativen Begleitmerkmale zu lenken — in den 20er Jahren wirklich kein Pendant zu der Beobachtung des Sekretärs des CID aus dem Jahre 1905 gegeben haben:

»in years not far distant we shall be quite unable to oppose the navy of Japan in its own waters. It is best to recognize facts but not always to proclaim them from the housetop« (Beloff, S. 87).

Ist es zuviel verlangt, wenn man von Studien über einen Zeitraum, in dem diese Frage aktuell werden sollte beziehungsweise tatsächlich akut wurde, eine Analyse des Meinungsspiegels und der Gegenmaßnahmen unter dem Aspekt eines Vergleichs von Prophezeiung und Wirklichkeit, von Verheißung, Protest und Anpassung erwartet? Wie will Roskill²⁰ es rechtfertigen, daß er mit keinem Wort auf das imperiale Sendungsbewußtsein und die splendid-isolation-Tradition zu sprechen kommt, die in der Royal Navy²¹ Heimatrecht genossen und die die Abneigung der Flotte gegen Allianzen oder Absprachen für den Kriegsfall erklären, obwohl 1. diese Strömung nach dem Weltkrieg Auftrieb erhielt und den Widersacher der Völkerbunds- und Abrüstungsbewegung bildete, und 2. die Abneigung gegen eine Klärung und Bindung englischer Handlungsbereitschaft nicht nur die Kooperation zwischen Flotte und Armee beeinträchtigte (letztere wurde vor 1914 als linker Flügel der französischen Hauptmacht, in den 30er Jahren zusammen mit der Luftwaffe als »Feuerwehr« konzipiert, die Flotte zum Transportdienst degradiert); darüber hinaus enthüllt das Bekenntnis zum »bewaffneten Isolationismus« ein Selbstbewußtsein, das einerseits schlecht zu den veränderten wirtschaftlichen Vorbedingungen paßt, andererseits aber jene Empfindlichkeit oder »obstinacy« der Flottenführung ins Licht rückt, die in den Ausgleichsverhandlungen mit Deutschland (vor 1914) und den USA (nach 1918) als erschwerender Faktor wirkte. Die Admiralität wollte weder die Hand reichen zu einer Souveränitätsverzichte (»Opfer«) implizierenden Bündnispolitik, noch vertragliche Einschränkungen gutheißen, die ihrer »Lebenslüge« von der universalen Operationsfähigkeit den Boden entzogen hätte, obwohl sie ohnmächtig hinnehmen mußte, daß ihr die Mittel zur Ausführung ihrer Programme und Planungen versagt blieben.

Sieht man von der Vermittlung unzähliger Informationen — zum Beispiel über die Flottenkonferenzen in Washington und Genf — einmal ab, so liegen die Vorzüge der Darstellung Roskills in den Querverweisen auf den gleichzeitigen Stand der amerikanischen Diskussion. Während beide Seiten am Primat der Schlachtflotte festhielten, erkannte man in Washington frühzeitiger als in London die Bedeutung von Flugzeugträgern in künftigen Seekriegen (S. 116/117); Fortschritten auf amerikanischer Seite in der Entwicklung von Anti-U-Boot-

²⁰ Dagegen nimmt Beloff zu diesen Problemen Stellung, s. S. 85.

²¹ Sie begegnet auch in der Armeeführung (Haig, Robertson) sowie — in unterschiedlicher Schattierung — im Kreis der Parteiführer und »opinion leaders« (Milner, Hankey, Beaverbrook).

Maßnahmen stand englischerseits eine Konzentration ²² auf den Schutz der Handelsflotte gegen »surface raiders« gegenüber (S. 346 f., 543); für beide Seiten stellt er die Erfolglosigkeit der Bemühungen fest, a) Flottenprogramme zur Annahme zu bringen und b) deren Ausführung gegen politische Einflüsse (Abrüstungskonferenzen, Kürzung der Verteidigungsetats, Vertrauen in Verträge: Locarno, Kelloggpaakt) abzusichern beziehungsweise ihre Finanzierung langfristig zu sichern; die Umorientierung der Flottenmacht vom Atlantik zum Pazifik (im Fall Englands mit der Mittelmeerflotte als Reservoir) (S. 107) erfolgte in beiden Ländern im Jahr 1922. Die Frage, ob man in Washington oder London in Kenntnis der Pläne und technischen Vorgänge auf der anderen Seite des Atlantik vorging, tippt Roskill nur gelegentlich an (S. 91, 415, 500/501). Überzeugend und ausführlich sind die Partien über die fortschreitende Demobilisierung der Flottenmacht und die Auswirkungen der Etatbegrenzungen auf die Modernität der Flotteneinheiten, die Produktionskapazität der Werften sowie generell die Vermittlung des Eindrucks, wie in der für die politischen Führungsschichten maßgeblichen — ob echten oder vorgespielten bleibe dahingestellt — Gewißheit über eine langjährige Friedensperiode ²³ Nerven und Energien der für die Streitkräfte verantwortlichen Diener der Krone in letztlich ergebnislos verlaufenden Beratungen — da die Entscheidungen dem Widerruf oder der Überprüfung durch immer neue Committees ausgesetzt waren — verschlissen wurden: gleichsam so, als ob die Politiker die wechselhafte Verabreichung von kalten Duschen als Heilbad für die Verteidigungsressorts gewertet wissen wollten.

Roskill stellt ferner definitiv heraus, daß die Admiralität von 1922 bis 1936 Japan als Hauptfeind betrachtete und ihre Rüstungsprogramme und Flottendisposition entsprechend zu arrangieren suchte, wobei allerdings politische Gegenströmungen — wie die Sparsamkeitsdoktrin, zu der sich 1925 die Behauptung gesellte, man brauche mit Japan in den nächsten zehn Jahren nicht als Aggressor zu rechnen (S. 450) ²⁴ — die Ausführung wichtiger Vorkehrungen (Befestigung von Singapur) hinauszögerten; auch in den USA war das Feindbild auf Japan zugeschnitten, obwohl hier die Scheu, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, dazu beitrug, daß die Kräfte, die an der englischen Politik vieles auszusetzen fanden, ausschließlich England zum Buhmann aufbauten, um 1. die gewünschten Sicherheits- und Rüstungsmaßnahmen plausibel zu machen und 2. die gegen Japan zielenden Befürchtungen und Ressentiments in unverfänglicher Weise abreagieren zu können (S. 25, besonders S. 515/516). Doch da die unterschiedlichen englischen und amerikanischen Interessen in China und Japan sowie die Unterschiede im diplomatischen Kalkül Washingtons und Londons nicht ins Bild gesetzt werden — obwohl glänzende amerikanische Vorarbeiten zum

²² Roskill führt die Auffassung, daß die Hauptgefahr von Überwasserbooten drohe, auf das Vertrauen in das weiter entwickelte Asdic-Entdeckungsgerät sowie (nach 1929) auf den von Deutschland begonnenen Bau von »pocket battleships« zurück; er lastet der Admiralität die Fehleinschätzung als eines ihrer größten Fehlurteile an. Roskill, S. 543.

²³ Zur Bedeutung und Entstehungsgeschichte der sogenannten Ten Years-Rule s. Roskill, S. 214 ff.

²⁴ Roskill läßt den Leser jedoch im Ungewissen, ob die kurze Zeit später (1926, S. 464) von den Stabschefs in deren erstem Annual Report postulierte und vom FO bekräftigte These, daß Fortschritte in der Befestigung von Singapur wegen der erhofften Abschreckungsfunktion gegen Japan ratsam seien, nicht praktisch doch auf der gegenläufigen Ansicht beruht, daß nämlich mit einem Umschlag der Stimmung in Japan zu einer weniger friedfertigen Politik gerechnet werden müsse. Das ganze Problem von Abschreckung und Appeasement — wobei es Akzentunterschiede zwischen der Japan-/Chinapolitik der USA und Englands gibt — wird von Roskill nicht erörtert.

Thema vorliegen²⁵ —, wird auch hier dem Leser die Frage zugespielt, woran es wohl gelegen haben könnte, daß beide Mächte trotz geheimer Übereinstimmung in strategischen Annahmen wie in technischen Angelegenheiten nicht der anderen Seite in partnerschaftlichem Einvernehmen die Verwirklichung ihrer Wunschträume — das 35 große Kreuzer umfassende Steckenpferd der US Navy, die 70 mittleren Kreuzer der Royal Navy — gestatteten, obwohl beide Seiten wußten, daß diese Waffen nicht gegen England beziehungsweise die USA zum Einsatz gelangen würden. Als wichtiger Erklärungsgrund für den englisch-amerikanischen Antagonismus gilt Roskill jene erwähnte taktisch bedingte Ersatzbefriedigung nationalistischer Strömungen in den USA; weitere Ursachen des Konfliktdenkens auf beiden Seiten erblickt er im Einfluß anti-englischer Kräfte im einflußreichen General Board, dem Planungsstab der US-Marine (S. 26 f.); in nicht näher behandelten Rivalitäten zwischen Handels- und Wirtschaftskreisen (vor allem der Öl- und Rüstungslobby, die er freilich nur in Washington am Werk sieht); in Prestigedenken und Selbstsucht sowie in den von der unterschiedlichen Ausgangsposition nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vorgezeichneten Interessengegensätzen: die alte englische Weltmacht wollte Terrain zurückerobern und sich aus der — in der Frage der Kriegsschulden fortwährend symbolisierten — Abhängigkeit von den USA befreien, die neue Weltmacht USA wollte ihre Gewinne mit wirtschaftlichen Einflußmitteln behaupten, ohne politisch-militärische Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Während Roskill nun die Bedeutung der Vorurteile auf amerikanischer Seite — von Wilson bis Hull/Th. Roosevelt, von Benson/Daniels bis H. P. Jones — gegen das British Empire ins Feld führt, geht er gar nicht oder nur oberflächlich auf die im FO (auch bei A. Chamberlain), in den Spitzen der Bürokratie (Hankey, W. Fisher) sowie in Kreisen der Militärs (Chatfield, Robertson) und natürlich in den politischen Gruppen anzutreffenden Ressentiments gegen die USA ein. Die bereits Ende 1919 einkehrende Einsicht, daß England sich kein Wettrüsten mit den USA leisten könne (S. 216 ff.), und die Bereitschaft, den USA hinsichtlich der Schlachtschiffe — nicht der die Ansprüche als Handelsmacht symbolisierenden Kreuzer- und Zerstörerflotte — Parität zuzugestehen, verleitet Roskill anscheinend dazu, jene schwelenden Vorurteile als *quantités négligables* im englischen Willensbildungsprozeß anzusetzen. Er übersieht dabei, daß der Wunsch, in englischen Interessensfeldern (Ölfelder im Nahen Osten, S. 219 ff.) nach eigenem Gutdünken schalten und walten zu können, und der Anspruch, die für den Schutz der Handelswege benötigte Kreuzerflotte nach eigener Kalkulation festzusetzen, das heißt von Verhandlungen auszunehmen, den USA — wie zuvor Deutschland — als bloße Variante jener englischen Version von der Weltpolizei oder Schiedsrichterrolle erscheinen mußte, die zu Zusammenstößen über die »Freiheit der Meere« beziehungsweise über die englischen Blockade-Maßnahmen geführt hatte; den naheliegenden Vergleich mit der englischen Empörung über den die französischen Macht- und Einflußmittel überfordernden und die Interessen der anderen Mächte geringschätzenden Kurs der französischen Sicherheitspolitik muß man Roskill dringend empfehlen.

Lloyd Georges berühmtes Diktum (Dezember 1920), es gäbe für England eine größere Gefahr als die Option für Japan gegen die USA, nämlich die Abhängigkeit vom guten Willen oder der Gnade der USA; ferner die von W. Churchill gelegentlich aufgegriffenen Warnungen vor der Gefahr der »Amerikanisie-

²⁵ Ich denke vor allem an L. G. Graebner: *Economic Aspects of New Deal Diplomacy*, Madison 1964.

rung« der englischen Politik (das heißt dem Befriedigen von pressure groups; zum Beispiel Rüstungsinteressenten) und ein weitverbreitetes Mißtrauen ob der undurchsichtigen und unberechenbaren Entscheidungsprozesse in Washington lassen die Grenzen der englischen Konzessionsbereitschaft an eine Macht erkennen, mit der man aber auf der anderen Seite einen Zusammenstoß um nahezu jeden Preis vermeiden, der gegenüber man freilich auch einen Führungsanspruch behaupten wollte. Die Auflehnung gegen die Vorstellung, nach dem Ersten Weltkrieg nur noch Weltmacht von den Gnaden der USA zu sein — die in den 30er Jahren immer deutlicher ins Bewußtsein trat und praktisch als Formelement der Appeasement-Politik wirksam wurde — auf der einen Seite, das amerikanische Verlangen auf der anderen, hinsichtlich des Symbolwerts einer Weltwirtschaftsmacht mit England gleichzuziehen — anders gewendet: von England das Signal zu verlangen, daß es dem Handelskonkurrenten USA nicht wie zuvor Spanien, Holland, Frankreich und Deutschland als Hegemonialaspiranten entgegentreten werde, sondern die Parität gleichsam kampflos konzediere (Roskill, S. 82 ff.) —, prägten den Bewußtseinshorizont so stark, daß anscheinend die Admiralstäbe beider Seemächte darüber die Sorgfaltspflicht für eine im Rahmen der bewilligten Mittel und der Rüstungsbegrenzungsabkommen einsatzfähige Streitmacht vernachlässigten. Die Präokkupation mit administrativen Streitfällen (Zuständigkeit über den Fleet Air Arm, Schlachtkreuzer- oder Schlachtschiffbau etc.) oder mit Problemen der sozialen Disziplinierung der Mannschaften (Löhnung, Beihilfen und andere) taten ein übriges, um die Vorbereitungen auf den Kriegsfall nach zehn Jahren (1930) im desolaten Zustand erscheinen zu lassen. Auf die von anderen diskutierte Frage, ob die auf der Washingtoner Konferenz 1921 vereinbarte partielle Abrüstung nicht eine Herausforderung an den Einfallsreichtum der Strategen und Konstrukteure darstelle oder einen Maßstab bilde, an dem man die »sins of omission and commission« der Verantwortlichen der 20er Jahre messen könne, nimmt Roskill indirekt Bezug, insofern er bestreitet, daß »the decline of British sea power [can] fairly be attributed to the Washington Treaties« (S. 330), denn die Abkommen hätten den Seemächten relativ große Freiheit im Bau von Flugzeugträgern und vollständige Handlungsfreiheit im Bau von Kreuzern, Zerstörern und Typen kleinerer Kriegsschiffe gelassen: Einfallsreichtum hätte also den Aufbau einer operationsfähigen Streitmacht zur See sichern können, zumal für andere Mächte ein ähnliches Handicap bestand. Die Ursachen für den Fehlschlag dieser Ersatzlösungen siedelt Roskill bei der bereits erwähnten Vorherrschaft traditioneller Auffassungen der Admiralität, vor allem aber bei der deprimierenden Einwirkung politischer Einflüsse auf die Gestaltung und Ausführung der Bauprogramme an; diese Partien gehören zu den interessantesten und gelungensten des Buches (S. 413 ff.). Man möchte freilich den Wunsch anschließen, daß Roskill wenigstens seinen zweiten Band mit einer Zustandsbeschreibung eröffnet, da er im ersten die Antwort schuldig bleibt, wie kampfstark die Royal Navy war 1. in Relation zu anderen Seemächten und 2. im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen den mehrfach kurzfristig geänderten Bauprogrammen und der ihnen zugrunde liegenden langfristigen Kalkulation der operativen Einsätze und Aufgaben.

Eine Geschichtsschreibung, die — wie die Beispiele Steiner und Roskill zeigten — kaum Auskunft über politisch umstrittene Aussagen liefern will und Konjekturen vermeidet, hilft niemanden; wer wie Roskill nicht einmal die in den Cabinet Committee Reports wiederkehrende These, daß die mangelnde Kooperation zwischen den Defence Departments kostensteigernd wirke²⁰, als Denkanstoß auf-

greift und unter diesem Gesichtspunkt systematisch die Quellen befragt, kann ja kaum ein zuverlässiges Bild von der Tätigkeit der Flottenführung zeichnen beziehungsweise anderen helfen, die Flottenpolitik in die Deutung der englischen Politik (der 20er Jahre) einzuordnen.

Man hätte keinen Grund, auf die Lückenhaftigkeit hinzuweisen, wenn man nicht das fünfte Werk in diesem Bund gleichsam als »Opfer« jener Tendenzen betrachten müßte. Denn auch Beloffs stimulierende und originelle Abhandlung enttäuscht die durch die Formulierung (S. 10)

»the answer to questions of this kind would vitally affect not only British imperial and foreign policy but also the raising and disposition of Britain's own armed forces«

geweckten Erwartungen. Er gelangt nicht über die von Monger übernommene These hinaus, daß die Entente Cordiale von der liberalen Regierung als »billiger« Ausweg aus dem Dilemma, Sozialgesetze zu finanzieren oder »Sicherheit durch Rüstungsvermehrung« zu erzielen, gewertet wurde, und läßt die Frage — im Unterschied zu den anderen Leitideen — im Lauf der Darstellung fallen, weil Vorarbeiten fehlen, die eine fundierte Urteilsfindung anregen könnten. So bleibt auch sein erster Band die Antwort schuldig, was »policy and strategy« im Prozeß des Wandels vom Empire zum Commonwealth und von der beneideten Weltmacht zum bemitleideten oder drangsalierten Eideshelfer implizierte. Immerhin bringt Beloff bemerkenswerte Argumente zur Stützung der These ins Gespräch, daß zumindest eine Kontinuität der Problematik bestanden habe:

The debates over foreign policy and over its military implications were not stilled for long, and the wartime arguments over strategy and over war aims are incomprehensible without this background of uncertainty. Nor were the repercussions of these uncertainties ended by the victory of 1918. The various schools of thought had their representatives both in the discussions over peacemaking, and in settling what Britain's policy should be and still more what it should not be, in the post-war years (S. 174/175).

Um so bedenklicher ist es, daß die anderen besprochenen Werke, obwohl sie Teilaspekte der englischen Politik im gleichen Zeitraum behandeln, derartige Beobachtungen unberücksichtigt lassen (woran nicht allein die Überlappung der Erscheinungsdaten schuld ist).

Da strategische Konzeptionen und Rüstungsprogramme ohnehin einer Öffentlichkeit (Parlamente, Presse, »opinion leaders«/»attentive public«) »verkauft« werden müssen, und da andererseits das außenpolitische Vorverständnis gesellschaftlicher Kräfte zumindest die Alternativen mitbestimmt, zwischen denen den Amts- und Entscheidungsträgern die Wahl gelassen wird, sollten Untersuchungen über die Politik einzelner Ressorts bemüht sein, jenen atmosphärischen Einfluß — was waren die »terms of debate«? — herauszufinden. Beloff konstatiert den Sachverhalt, der auch für Deutschland oder Frankreich Gültigkeit besitzt, doch lassen die Detailstudien von Steiner, Guinn, Roskill und Marder nicht einmal erkennen, daß es jenes Problem auch in England gab:

»But what statesmen of the old school most feared was that the new popular passions could be stimulated by propaganda from service quarters into demanding greater armaments than the economic wisdom of the time believed compatible with the country's solvency« (S. 61).

Darüber hinaus sollte man Fragen stellen dürfen, auf die es in den Akten kaum eine vorformulierte Antwort gibt: man müßte etwa das Material unter dem Aspekt sichten, wie die englische Politik — vor allem die Marine — auf den ebenso unübersehbaren wie unvermeidlichen Verlust der Vorrangstellung als erste Industrie- und Handelsmacht reagierte, denn da sie einerseits auch weiterhin den Anspruch auf Sicherheit (nach 1918: vertraglich garantierte Sonderrechte für den englischen Hauptschlagarm beziehungsweise Überschuß an Kreuzern und/oder Kreuzertonnage) mit den Lebensgesetzen einer Weltwirtschaftsmacht begründete, während andererseits das Leistungsvermögen der englischen Wirtschaft und Gesellschaft die Erfüllung des gesteckten Anspruchs zweifelhaft erscheinen ließ, möchte man wissen, wie die Führungsschichten dem Anpassungsproblem beikommen wollten und in welchen Dimensionen das Problem wirklich bestand.

J. Chamberlains drastische Formel²⁷, England könne eventuellen europäischen Alliierten weder Geld leihen noch Truppen für einen Einsatz auf dem Kontinent finden, müßte eigentlich jedem Forscher die Frage aufdrängen, wie die Streitkräfte und das FO auf die Außerkraftsetzung der traditionellen Sicherheitsdoktrin reagierten, und zwar insbesondere nach den Erfahrungen, die man in der ersten Phase des Weltkriegs (vor der Ablösung durch die USA) machte, als man versuchen mußte, jene skeptische Lagebeurteilung durch eine aktive Bündnispolitik zu widerlegen; wie realistisch waren also die von ihnen erwogenen Ersatzlösungen, welche Vorurteile wurden von ihnen mobilisiert, um sich den Konsequenzen aus der gegenüber der Hochzeit der englischen Macht veränderten Lage zu entziehen? Daneben wäre auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß einerseits die Militärs Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Agitation zu leiten versuchten, um ihre Rüstungsprogramme/Etatforderungen plausibel erscheinen zu lassen oder gar — um mit Esher zu sprechen²⁸ — »... [to] keep the British people warlike in spirit«, während andererseits die Kabinettsminister, die andere Fixpunkte im Sinn hatten (innenpolitische Beschwichtigungsmanöver, »economy«), dieses Spiel durchschauten: auch hier erführe man gern, ob und in welchem Maß die Admiralität auf dem Hintergrund der von ihr als Illusionspolitik diffamierten Abrüstungsideologie und der ihre Planung durchkreuzenden (Willkür-)Herrschaft der Treasury in Panikmache verfiel oder ob der Notwendigkeit, das Versiegen der Finanzierungsquellen zu verhindern, zu einer inhaltsleeren (das heißt auf keine strategische Konzeption bezogenen) Propagierung von Minimalprogrammen Zuflucht nahm.

In allen bislang besprochenen Werken wird man jedoch vergebens Auskunft suchen über die Bedeutung des Wirtschaftspotentials für die Verteidigungspolitik oder über die Bedeutung, die die Strategen den Wandlungen in der englischen Wirtschafts- und Sozialstruktur und im politischen Verfassungsrahmen beimaßen. Stattdessen erwecken sie den Eindruck, als hätten Administrationsprobleme, Streitigkeiten um technische Alternativen (Kreuzer-, Flugzeugträger- oder Schlachtschiff flotte, 6- oder 8-inch guns etc.), Prestigekämpfe der Ressorts und das Hineinwirken der Parteipolitik (Regierungswechsel, taktische Rückzugsgefechte und Kompromisse zu Lasten der Defence Departments) oder außenpolitische Zwischenfälle sowie Schein- oder Mißerfolge den Bewußtseinshorizont ausschließlich geprägt, wobei allerdings nicht gesagt wird, ob dieser Eindruck täuscht oder ob tatsächlich jede tiefergreifende, um grundsätzliche Klärung der

²⁷ Beloff, S. 73.

²⁸ Beloff, S. 120.

Problemstellung bemühte Diskussion innerhalb und zwischen den Ressorts unterblieben ist oder gar als überflüssige Gedankenspielerlei abgetan wurde.

Die vorausgehenden Beanstandungen treffen auf den ersten Band von Beloffs »Imperial Sunset« in keiner Weise zu; vielmehr würde ich so weit gehen und von einem in jeder Hinsicht vorbildlichen Buch sprechen — ein Vorbild, weil es Beloff gelingt, einerseits Verständnis für seine Interessen am Thema durch ein behutsames, methodisches Feingefühl verratendes Nachzeichnen seiner Denksätze und Urteilskriterien zu wecken²⁹, und andererseits in der Darstellung durchgängig die Spannweite zu halten, die im Exposé versprochen wird. Und das ist wahrlich nicht wenig. Es gelingt ihm, die Ereignisse im Londoner Brennpunkt zu sammeln, im angebrachten Stadium der Erzählung — und Beloff kann erzählen! — jedoch den Blickwinkel für die Vorgänge in den Dominien zu öffnen sowie die Wechselwirkung zwischen »Mutterland«, Empire und selbständig werdenden Mitgliedern (Commonwealth-Staaten) in Situationsanalysen zu demonstrieren.

Ebenso einmalig wie die Ausbreitung von Informationen über die politische Situation in den Zentren des Empire-Commonwealth oder über die Ansätze zur Institutionalisierung des Commonwealth als strategischer oder wirtschaftspolitischer Betriebsgemeinschaft und wie die Skizzierung des Bildes, wie in England Politik gemacht wird, ist Beloffs Vermögen, die drei Leitfäden — englisch/amerikanische Beziehungen, englisches Verhältnis zu Europa, Wechselwirkung von englischer Macht- und Weltgeltung mit den Nutzungsrechten im Empire — in relevanten Fällen zu verknüpfen. Nur zwei Beispiele für die ebenso treffsichere wie einprägsame Urteilskraft:

Their governments might wish to draw closer to Britain as dangers to their own interests developed; Canadian enthusiasm for the imperial tie was largely determined by the degree of political and economic pressure exercised from time to time by the United States. At other times these needs were offset by their fear of involvement in European affairs . . . (S. 63).

On practical grounds the Canadians were therefore less interested in imperial naval than in military cooperation, and there was the political complication that any party wishing to unite English-speaking and French-speaking Canadians could only do so by emphasizing Canadian nationhood at the expense of the British connection (S. 65).

But what was true of the parts was not necessarily true of the whole. The Americans might find it in their interests to give support to each of the several English-speaking democracies, but to the Empire as a system — political or economic — they remained either indifferent or actually hostile. To place the defence of empire in the hands of the Americans was to accept its ultimate demise (S. 343).

Das Ergebnis verdient Aufmerksamkeit, weil es

1. die Rolle des Empire beziehungsweise der Dominion als Faktor im englischen Entscheidungshandeln richtig bestimmt: »policy was made [vor 1914] within the narrow Whitehall-Westminster circuit and as a result of the information flowing into it from the external world« und unter Ignorierung des Ge-

²⁹ In der Fußnote sei wenigstens ein Beispiel angeführt, S. 7/8: No doubt much of human history consists in the more or less gracious acceptance of the ineluctable; but even the degree of grace is a matter of some interest. Why were British governmental institutions and even the party system so little affected by the retreat from empire when the collapse of almost all other imperial systems has entailed the most profound repercussions upon the domestic polity? But one can go farther than that. Political communities do in fact behave as though there are important choices to be made; their institutions are designed to produce and elevate the men who are to guide them in their choices; and these men will further their claims to leadership by espousing

gendruckes aus den Dominion oder Indien (S. 107); die Erfolgchancen britischer Politik hingen von Englands eigener Stärke ab (S. 16); die Interessen der Dominion gegenüber England ließen sich nur in Status- und Verfahrensfragen auf einen Nenner bringen, in Sachfragen bürgerte sich die Regel ein, daß jeder zunächst an sich selbst denken durfte, während England für gemeinsame Aufgaben aller in die Bresche springen sollte (S. 65, 150); nach dem Weltkrieg hingegen schwebte über der englischen Politik wie ein Damoklesschwert die Warnung, »if Britain were to take an active share in reshaping Europe and in upholding a European settlement, then she would sooner or later be forced to contemplate parting from the dominions« (S. 282);

2. sachkundige oder zumindest diskutabile Deutungen umstrittener Vorfälle offeriert: Großbritannien erreichte 1921 das größte Ausmaß seines »Empire«, aber die Briten wären nicht länger ein »imperial minded people« (S. 19); er unterstreicht die Rolle des Bezugsdenkens in den englischen Kriegs-Friedenszielen auf die Einschätzung der künftigen Mitwirkung der USA (S. 17), Motiv- und Wirkungszusammenhänge zwischen der Behandlung der Irland-(Home Rule) und Indien-(Dominion-Status)Frage (S. 26 ff.), und meint, die englische Unterstützung für Frankreich in der ersten Marokkokrise habe eine Revolution in der europäischen Politik eingeläutet (S. 105, von Taylor übernommene These), und schließlich
3. einen Beweis liefert, daß räsonnierende, methodisch orientierte Geschichtsschreibung den ihr teils zugesprochenen, teils von ihr angemeldeten Anspruch rechtfertigen kann, Gegenwartsprobleme in angemessener Perspektive zu zeigen und auf Grund der fairen Erläuterung der Gründe, warum es so geworden sei und nicht anders, erlaubt, Konsequenzen aus der historischen Bestandsaufnahme zu ziehen. Die Beschränkung der Aussagekraft auf die Erhellung der Bewußtseinsstrukturen (»state of mind«), die bestimmte Initiativen (EWG-Beitrittsgesuche) ermöglichten, legt Zeugnis für die Reife der methodischen Vorklärung der Forschungsvorhaben ab (S. S. 7 zu S. 5).

Das unvermeidliche Risiko einer so umfassenden Gesamtdarstellung, die oben- und drein noch Pionierarbeit leisten mußte, bleibt freilich auch Beloff nicht erspart: einerseits ist er über weite Strecken nicht besser als die Sekundärliteratur, auf die er sich stützt (etwa Monger für die Außenpolitik 1900—1907, Nelson für die Kriegs- und Friedensziele), während er andererseits in den Partien, in denen er Nachlässe und Kabinettpapiere selber durcharbeiten konnte, über die Wiedergabe von Standpunkten — so, als ob die Fakten schon für sich selbst sprächen — nicht hinausgelangt. Ferner ist kaum zu vermeiden, daß der Mut zur Hypothese durch neuere Quellenveröffentlichungen desavouiert wird: so bestätigen — um nur das deutlichste Beispiel zu erwähnen — mehrere Passagen in dem in Roskills Biographie des Kabinettssekretärs Hankey eingearbeiteten Tagebuch die Konjektur, daß der Kreis um Lloyd George in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 ein Arrangement mit Deutschland auf Kosten Rußlands ernsthaft in Erwägung zog, während Beloff (S. 249) die dahingehenden Vermutungen von Mayer, Gollin und anderen als wenig überzeugend zurückweist und stattdessen behauptet, die Anhaltspunkte sprächen für die Absicht, die Ostfront um nahezu jeden Preis

different and rival solutions of the problems that they believe are before the nation. Therefore so far from it being a kind of subjectivist aberration, the attempt to understand how individuals and groups in the past interpreted the present and forecast the future is an essential part of the historian's task.

zu reaktivieren und also den guten Willen der russischen Machthaber nicht zu strapazieren. In diesem Fall kann man auch nur unter Heranziehung aller zugänglichen Quellen und im Abwägen der Interessen- und Zielkonflikte, Präferenzen und Präzedenzfälle die Situation rekonstruieren, wobei es weniger um die Verifizierung der Handlungsintentionen geht (die relativ leicht zu erschließen sind), als vielmehr um die sehr viel kompliziertere Antwort auf die Frage, welche Tendenz man mit der »offiziellen« englischen Politik gleichsetzen darf.

Versuchen wir noch, die wichtigsten Thesen und Ergebnisse der Werke zusammenzutragen, ohne daß wir die Fülle der Mitteilungen aus den unveröffentlichten Quellen referieren oder die Besonderheiten in der Darstellung bestimmter Fälle in den einzelnen Werken hervorheben können; da sie jedoch kaum aufeinander bezug nehmen oder Fragen aufgreifen, die in den anderen Büchern zur Diskussion gestellt oder offen gelassen wurden, kann man nur wenige Aussagen zusammenstellen, an denen sich Merkmale englischer Politik im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts ablesen ließen.

Beloff und Steiner betonen, daß die Führungsschichten kaum die USA und (das gilt mehr für das FO) noch weniger die Dominion aus erster Hand oder durch Geschichtsstudium kannten, ohne freilich generell die Frage nach der Genese des politischen Horizonts der Mächteliten aufzuwerfen; Guinn (S. 38 f.) und Beloff unterstreichen die Nachwirkung der als Fehlentscheidung begriffenen Bindung der englischen Expeditionary Force als linker Flügel der französischen Armee und der Frustration ob des Vorrangs der Westfront-Strategie im Prozeß der englisch-französischen Entfremdung nach dem Ersten Weltkrieg: beide deuten an, daß die Negativ-Erfahrung den Vorstellungshorizont der strategischen Planer der Zwischenkriegszeit geprägt habe. In größerer Ausführlichkeit veranschaulicht Roskill gleichfalls die Befangenheit der Flottenführung im Trauma »Jütland-Schlacht« (S. 533) und die — zum Teil durch die Herrschaft der »economy«-Doktrin bedingte (S. 539) — Konzentration auf vermeintliche Lehren der Seekriegführung 1914—18: den Primat der Schlachtflotte und der »big guns« (S. 350 ff.), weist aber die Behauptung zurück, daß ein »conservative and unimaginative Board of Admiralty« die zukunftssträchtigen Zweige (»naval aviation«) vernachlässigt habe (S. 519). Kurz darauf nimmt er die Schutzbehauptung jedoch wieder zurück:

»by 1928 the Board of Admiralty entertained no doubts at all regarding the importance of carrier-borne strike aircraft, even though they had not visualised that they might one day become the dominant weapon in maritime war. On the other hand they had not brought themselves to consider whether, in the vital matter of the allocation of funds under the Navy votes, a new balance needed to be struck between the heavy-gun capital ships and the aircraft carrier.« (S. 522.)

Guinn (S. 43), Beloff (S. 152, 260) und Roskill verdeutlichen den hohen Stellenwert, den die Kontrolle über Ölquellen in »Middle East« in der Zielsetzung englischer Außenpolitik erreichte; sie zeigen auch, in welchem Maß diese Frage die Rivalitäten mit den USA und Frankreich beeinflusste, obwohl sie dabei den — vor allem von amerikanischen Forschern untersuchten³⁰ — Aspekt des »Wirtschaftskriegs« unbeachtet lassen, unter dem die Ölkontroverse letztlich gesehen

³⁰ C. P. Parrini: *Heir to Empire, United States Economic Diplomacy, 1916—1923*, University of Pittsburgh Press, 1969; P. P. Abrahams: *The Foreign Expansion of American Finance and its relationship to the foreign economic policies of the United States, 1907—1921*, Ph. D., University of Wisconsin, 1967.

werden muß. Was alle Studien darüber hinaus immer wieder zu erkennen geben, klingt in der Formulierung durch:

the British Government, having itself no settled military policy, could for the remainder of the year (1915) only improvise a series of reactions to the consequences of Russian defeat (Guinn, S. 91).

Die Schwierigkeit für die englische Regierung, sich über ihre Handlungsabsichten klar zu werden und die Ereignisse zu gestalten, anstatt im Strom der Ereignisse hin und her getrieben zu werden, ist nur zu erklärlich aus dem Umstand, daß London im Schnittpunkt verschiedener Druckfelder lag und Entscheidungen erst treffen wollte, wenn es Klarheit über die erhoffte Mitwirkung oder Konzessionsbereitschaft der USA, der Dominion oder/und der Alliierten besaß, auf die es aber erst rechnen durfte, falls es sich selbst getreu seinem Führungsanspruch beziehungsweise Verlangen nach dem Zugeständnis von Sonderrechten, die jenen Status ergäben, zu einer Initiative oder zur Festlegung seines Einsatzes anschickte. Spitzenpolitiker wie Asquith oder Balfour machten aus der Not eine Tugend und entwickelten geradezu eine Ideologie der Improvisationsherrschaft, als deren Kernsatz die Ansicht gelten kann, daß auch die andere Seite Fehler mache und daß Widersacher wie Deutschland (oder später die USA) aus vielen Gründen, besonders der stärkeren innenpolitischen Spannungen und der geringeren Flexibilität ihrer Regierungssysteme, sich in ausweglose Situationen manövrieren würden, so daß die Zeitgewinn-Taktik und die Politik aus der Hinterhand für England erreichbar und den englischen Interessen dienlich sei. Daß die taktische Kalkulation zum Selbstzweck wurde und jedes Plädoyer für eine rechtzeitige und vernünftige Zweck-Mittel-Relation (planning) beargwöhnte beziehungsweise durchkreuzte, wird in den Widersprüchen und Rückzugsgefechten deutlich, die den Dardanellenfeldzug (Guinn, Kap. II/III), die Interventionspolitik in Rußland (Roskill, Kap. III), oder die Jellicoe-Mission (1919/1920, Roskill, S. 280 ff.), die Befestigung von Singapur (Roskill, bes. S. 425) oder den Hick-Hack um den Fleet Air Arm nahezu zur Farce, wenn nicht zu verantwortungslosen politischen Manövern degradieren.